

# Landtag Aktuell

## 93. Ausgabe

Düsseldorf, 28.06.2013



**Gregor Golland**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

### **Bilanz der EU-Kohäsionspolitik für den Rhein-Erft-Kreis**

Die EU nutzt Geld der Mitgliedsstaaten um ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedsländern und Regionen auszugleichen. Diese Kohäsionspolitik der Europäischen Union - als Instrument zur Verfolgung der Lissabon-Strategie mit den Zielen Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit - stellt auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 eine wesentliche Grundlage für die Strukturförderung in Nordrhein-Westfalen dar.

Meine Frechener Landtagskollegin Rita Klöpper und ich haben die Landesregierung nun um Auskunft über die Kohäsionsmittel gebeten, die in den Rhein-Erft-Kreis geflossen sind.

In NRW werden aus zwei Strukturfonds Mittel ausgeschüttet. Zum einen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und zum anderen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Insgesamt sind etwas über 20 Millionen Euro aus diesen Töpfen in den Kreis geflossen. Sollten Sie mehr erfahren wollen, klicken Sie hier: <http://kurzlink.de/GGkaKohaesion>.

### **Kinderfeuerwehren sind ein wichtiger Beitrag zur Nachwuchsförderung**

Nachdem SPD und Grüne erst gesagt haben, dass sie den CDU-Gesetzesentwurf zur Schaffung von „Kinderfeuerwehren“ ablehnen wollen, gibt es inzwischen eine neue Entwicklung. Die endgültige Entscheidung ist im Landtag vertagt worden, um weitere Gespräche führen zu können.

Wir wollen eine gute und verlässliche gesetzliche Grundlage für die Nachwuchsförderung bei der Freiwilligen Feuerwehr schaffen. Die Kinderfeuerwehren wären hierfür ein wichtiger Beitrag. Rot-Grün sollte im Interesse unserer Feuerwehren den Weg dafür frei machen. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen warten diese händeringend auf eine Gesetzesänderung.

Derzeit ist erst mit dem Erreichen des zehnten Lebensjahres der Eintritt in die Jugendfeuerwehr möglich. Die CDU-Gesetzesinitiative sieht vor, diese Grenze auf sechs Jahre zu senken. Im Alter von zehn Jahren haben sich viele Kinder bereits für eine Betätigung in anderen Vereinen und Institutionen entschieden. Hier haben die Feuerwehren ganz klar einen Nachteil. Wir wollen diesen Nachteil beseitigen, damit auch die Feuerwehr ihre Nachwuchsarbeit in Zukunft erfolgreich fortsetzen kann. Dazu muss u.a. der bislang fehlende gesetzliche Versicherungsschutz gewährleistet werden.

Zugleich kann man nur vor bürokratische Überfrachtung des Gesetzes warnen. Die SPD will etwa pädagogische Konzepte von oben herab im Gesetz verordnen. Dabei ist es viel sinnvoller, vor Ort zu entscheiden, was die Kinder aktuell interessiert und was umsetzbar ist. Pädagogische Konzepte haben nichts in einem Gesetz zu suchen, sondern müssen von den Beteiligten vor Ort erarbeitet werden.

Wenn es uns gelingt, die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren zu stabilisieren, bleiben den Steuerzahlern erhebliche Kosten für die Aufstellung von Berufsfeuerwehren erspart.

### **CDU und CSU haben Regierungsprogramm vorgestellt**



In dieser Woche haben die Regierungsparteien CDU/CSU ihr gemeinsames Wahlprogramm zur anstehenden Bundestagswahl vorgestellt.

Mit der Union ist Deutschland auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden. Wir wollen eine nachhaltige Politik für Wachstum und Arbeitsplätze. Wir stärken den Zusammenhalt in unserem Land und fördern Familien als Keimzelle unserer Gesellschaft.

Mehr: <http://kurzlink.de/CDUregprogramm>.